

15. 12 97

Land will Giftmülldeponie bis 2001 „gesichert“ haben

Altlastensicherungs-Gesellschaft Münchehagen gegründet

Münchehagen/Hannover (r/re) Das Land Niedersachsen hat jetzt die vor über einem Jahr angekündigte Altlastensicherungs-Gesellschaft (ASG) Münchehagen gegründet. Die Gesellschaft soll bis Ende des Jahres 2001 die Oberfläche der Giftdeponie gegen Regenwassereintrag abdichten, den Deponekörper mit einer 30 Meter tiefen Dichtwand umschließen und ein Überwachungssystem (Monitoring) einrichten, das mögliche Giftstoffbelastungen der Umgebung beobachten soll.

Neun Mitarbeiter vom Staatlichen Amt für Wasser und Abfall (StAWA) Sulingen und von der Bezirksregierung Hannover sollen in die neue Gesellschaft wechseln. Das Land bestellte Dr. Hans Gerhardy zum Geschäftsführer, der in dieser Eigenschaft auch in der landeseigenen Sonderabfalldeponie Hohenegelsen (SDH) beschäftigt ist.

An der neuen Gesellschaft sind nach Mitteilung des Umweltministeriums die SDH zu 51 und die Nileg zu 49 Prozent beteiligt. Die SDH werde ihre Erfahrung und Wissen im Bau von Dichtwänden und Oberflächenabdeckungen in die neue Gesellschaft einbringen. Die Nileg verfüge über Erfahrung bei der Sanierung industrieller Altstandorte und über die kaufmännische Abwicklung solcher Großvorhaben.

Ein Projektmanagement in gesellschaftlicher Form hat sich nach Angaben von Umweltministerin Monika Griefahn als effektiver erwiesen. Die Gesellschaft gewährleiste kurze Ent-

scheidungswege, zügige Aufgabenerledigung und effektives Kosten-Controlling. Die Finanzierung aller Maßnahmen und der Betriebskosten bis zum Jahr 2011 seien durch Landtagsbeschlüsse und von der Landesregierung abgesichert. Insgesamt stünden rund 158 Millionen Mark zur Verfügung, von denen etwa zwei Drittel bis zum Jahr 2001 für die Realisierung der Sicherungsvorhaben benötigt wurden, so die Ministerin.

Die Gesellschaft solle ihre Aufgaben so schnell wie möglich übernehmen, damit im Frühjahr die Bauarbeiten für die seitliche Umschließung und Oberflächenabdichtung beginnen können. Danach werde das Überwachungssystem eingerichtet. „Durch dieses Maßnahmenbündel wird der Schadstoffaustrag wirksam begrenzt, und die Sicherheit der Menschen in der Umgebung der Altlast gewährleistet“, meint Griefahn.

Das sehen Anrainerkommunen der Giftdeponie Münchehagen, der BUND Petershagen und die im Münchehagen-Verfahren beteiligten Bürgerinitiativen anders. Eine wirksame Begrenzung des Schadstoffaustrags sei nur mit einer zusätzlichen Wasserhaltung möglich; denn über die unabgedichtete Deponiesohle würden Gifte dann nicht über das Grundwasser ausgetragen, wenn im Deponekörper ein Unterdruck hergestellt werde. Das Land hatte Anfang 1997 die im Münchehagen-Verfahren bis dahin vereinbarte Linie verlassen, als es die Wasserhaltung und Kläranlage aus dem Sicherungskonzept strich.